

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1870

2.3.1870 (No. 52)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 2. März.

N. 52.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Str. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1870.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf den Monat März der Karlsruher Zeitung.

Telegramme.

Berlin, 1. März. In der gestrigen Debatte des Reichstags über die Todesstrafe führte Justizminister Leonhardt aus, das Volk sei von der Verwerflichkeit der Todesstrafe keineswegs überzeugt; der Gesetzgeber müsse der Rechtsanschauung des Volkes folgen. Lascker's Rede gegen die Todesstrafe wurde sehr beifällig aufgenommen.

Konstantinopel, 28. Febr. Eine neuerliche Versammlung der armenisch-katholischen Dissidenten, um über ihre Haltung angeht der Ankunft des Monsignore Pluyn und der Telegramme des Cardinals Barnabo an den Erzbischof Hassoun sich zu verständigen, beschloß, bei ihrer Erklärung vom 6. Februar zu beharren, welche die Prätrogative ihrer Kirche und ihre Pflichten gegen die Pforte aufrechthält.

London, 28. Febr. Nachrichten aus Japan melden, daß die nordamerikanische Korvette „Onide“ in Folge eines Zusammenstoßes mit dem Dampfer „Bombay“ bei Yokohama untergegangen ist, wobei 120 Personen ertrunken sein sollen.

Deutschland.

Augsburg, 24. Febr. Die „Allg. Ztg.“ veröffentlicht folgende Erklärung:

Seit am Ende des v. M. das „Univers“, selbst von allen Seiten des Verfalls am Konziliengeheimnis beschuldigt, einen Sturm auf sich gezogen, bin ich hier wie in der Presse der Gegenstand bescholener Verdächtigungen geworden. Man hat sich von Exekutionen an mir erzählt, welche anderswo nur den gemeinsten Verbrechern zu widerfahren pflegen. Ich hielt es anfänglich unter meiner Würde, solchen grundlosen Verleumdungen zu antworten. Da aber auch in Deutschland dieselben Boden zu fassen anfangen, sehe ich mich zu nachstehender Erklärung gezwungen: Ich stand mit der „Allg. Ztg.“ nie in irgendeiner Verbindung, wie es auch während meines Aufenthalts in Rom nicht der Fall ist. Ueberhaupt kam während meines siebenjährigen Aufenthalts aus meiner Hand nichts in irgendeine Zeitung, mit Ausnahme zweier Artikel, welche das Bonner Literaturblatt in Nr. 5 bringen wird. Ich füge für jetzt nur hinzu — indem ich mich dagegen verwahre, daß mir die Indiskretion Anderer imputirt wird — was der „Moniteur Universel“ vom 14. Febr. schreibt: „Le secret, du reste, n'est plus guère gardé par personne. L'Univers, dans son numéro du 30, donne une analyse très-laudative et assez circonstanciée du schema concernant la constitution de l'Eglise.“ — Rom, 19. Febr. 1870. Prof. Dr. J. Friedrich.

München, 27. Febr. (Savo. M.) Die Ministerangelegenheit ist, wie wir hoffen dürfen, in eine glückliche Phase getreten. Nachdem nun einmal Fürst Hohenlohe auf seinem Rücktritt besteht, ist die Wiederbesetzung seines Postens durch den Grafen Bray, welchen er selbst zu seinem Nachfolger empfohlen, eine den bayrischen und den nationalen Interessen durchaus entsprechende. Obwohl man es kaum gehofft hatte, hat dennoch Graf Bray eine entgegenkommende Antwort gegeben, und sofort ist der Dienstälteste der Minister, Hr. v. Pfezschner, nach Wien abgereist, das Nöthige noch zu besprechen. Wie die ganze Krisis weiter sich gestalten, ob nicht weitere Zwischenfälle eintreten und wie dann die patriotischen Wehrheiten in beiden Kammern zu dem reorganisirten Ministerium sich stellen werden, das wird abzuwarten sein. — Die gestern in Jettigen stattgehabte neue Urwahl — an Stelle der kürzlich für ungültig erklärten — hat lauter ultramontane Wahlmänner zu Tage gefördert und steht hierdurch zu erwarten, daß in der auf künftigen Donnerstag anberaumten neuen Abgeordnetenwahl zu Günzburg nunmehr auch, statt der ausgeschlossenen drei liberalen, drei patriotische Deputirte gewählt werden. Das muß man jedenfalls sagen, daß die in die Kammer entsendeten 80 von der rechten Seite den rücksichtslosesten Gebrauch von ihrer sechsstimmigen Majorität über die 74 von der linken gemacht haben. Sie haben das ganze Direktorium und die Ausschüsse fast ganz mit ihren Leuten besetzt, haben die liberalen Wahlen zweier Bezirke für ungültig erklärt, und wenn es ihnen auch nicht gelang, den einen derselben, die Hauptstadt München mit ihren 7 Abgeordneten, gegentheilig wählen zu machen, so werden sie doch höchst wahrscheinlich dies Ziel in Günzburg erreichen.

München, 28. Febr. (A. Ztg.) Minister v. Pfezschner wird heute Abends von Wien zurückkehren. Graf Bray ist zur Annahme des Portefeuille's geneigt, dürfte jedoch erst in einigen Wochen hierherkommen.

Darmstadt, 28. Febr. (Fr. Z.) Die Zweite Kammer trat heute nach einer zweimonatlichen Unterbrechung wieder zusammen. Von Seiten des Kriegsministeriums wird die Mittheilung gemacht, daß der Präsident dieses Ministeriums, Oberst Dornseiff, zur Wiederherstellung seiner Gesundheit einen dreimonatlichen Urlaub angetreten, der Major v. Herget das Präsidium interimistisch übernimmt.

men habe und der Hauptmann Konstadt zum Regierungskommissär bei dem Landtag ernannt worden sei. Der Minister des Innern, v. Dalwigk, beantwortet schriftlich eine an ihn von den Abgg. K. J. Hoffmann und Dernburg gerichtete Interpellation bezüglich der von der badischen Regierung in Aussicht genommenen Bahnlücken Mannheim-Rosengarten und Eberbach-Erbach. Die Antwort lautet, daß diese beiden Linien allerdings der Main-Neckar-Bahn Konkurrenz machen könnten, und deshalb die Regierung vor der Konzessionierung der Kammer die entsprechende Vorlage machen werde. Dernburg erkennt die konstitutionelle Handlungsweise der Regierung an. Gleichzeitig bringt er seinen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe in Erinnerung und wünscht um so mehr eine baldige Berathung, als sich der norddeutsche Reichstag demnächst mit dieser Angelegenheit bei Berathung des Strafgesetzbuches beschäftigen werde.

Dresden, 27. Febr. Das „Dresden Journ.“ widerspricht der von fast allen Blättern des Landes gebrachten Nachricht über den Ausbruch des Hungertyphus in der Gegend von Klingenthal. Nur das Nervenfieber sei dort epidemisch aufgetreten und da der einzige Arzt in Klingenthal gestorben, sei auf Antrag der Behörde ein Militärarzt für einige Zeit dorthin befehligt worden.

Berlin, 28. Febr. In der heutigen Reichstags-Sitzung begann die Debatte über den die Todesstrafe betreffenden Passus des Strafgesetzentwurfs. Für die Beibehaltung der Todesstrafe sprachen hauptsächlich Reichensperger, Justizminister Leonhardt, v. Brauchitsch, gegen dieselbe Schwarz, der königl. sächsische Bundeskommissär Klemm, sowie der Prinz Handjery und Lascker. Die Debatte wird morgen fortgesetzt werden.

Berlin, 28. Febr. Zur Würdigung der Reichstags-Verhandlungen über den Lascker'schen Antrag schreibt man dem „Schw. Wrt.“:

Im Grunde hat sich wenig oder nichts geändert. An einen Erfolg des national-liberalen Antrags haben die Urheber sicherlich so wenig geglaubt, wie das Publikum. Man darf insofern davon abnehmen, daß Graf Bismarck sein Programm nicht aufgegeben hat und die ferner stehenden Parteigenossen wohl noch deutlicher erkennen werden, als es hier in dem Gewirre der verschiedenen Lager Manchem gewährt ist, daß Regierung und Partei nicht über die Ziele auseinandergehen, sondern über die Wahl der Mittel, über die Frage der Zweckmäßigkeit und ähnliche Dinge. So seltsam es klingen mag, wäre doch im Vorbeigehen zu erwähnen, daß, während die national-liberalen Organe den Bundeskanzler anklagen, daß er die nationalen Aufgaben so gut wie im Stich lasse, seine vorgelegte Rede in diplomatischen Kreisen umgekehrt als ein Zeichen, daß er für ein Vorgehen nur den günstigen Augenblick abwartet, nicht geringen Eindruck gemacht hat. Nach wie vor wird denn auch die Lösung schwerlich anders als durch die unabweisliche Gewalt der Dinge herbeigeführt werden, die sich mächtiger erweisen wird, als die gegenwärtigen vorübergehenden Geminnisse. Die Gesundheit der Nation und der deutschen Zukunft ist die beste Bürgschaft, daß die Schwierigkeiten keine dauernden sein können und die deutsche Einheit, gleichviel was in der Zwischenzeit gesprochen oder geschrieben wird, nur eine Frage der Zeit ist, die kaum noch nach langen Jahren bemessen werden dürfte.

Die badischen Staatsangehörigen, welche in der Bundesmarine auf Grund des Vertrages über die militärische Freizügigkeit ihre Dienstpflicht ableisten, sind der Marine-Erziehungsmission im Bereiche der 33. Infanterie-Brigade in Kiel mittelst momentlicher Nachweisung und unter Befugung ihrer Schiffsbriefe zu überweisen. In Betreff des einjährigen freiwilligen Dienstes gilt als Regel, daß die von den Prüfungskommissionen in Preußen oder einem anderen Bundesstaate angestellten Berechtigungsscheine in Baden, und die von Baden angestellten für das Bundesgebiet gelten. Desgleichen sollen die Zeugnisse solcher Lehranstalten, welchen im Gebiete des einen Theils die Berechtigung zusteht, daß ihre Schüler auf Grund der von denselben angestellten Zeugnisse die Qualifikation zum einjährigen Dienst erhalten, auch in dem des anderen Theils Geltung haben, und die Prüfungskommissionen des letzteren gehalten sein, auf Grund jener die nachgesuchte Berechtigung zum einjährigen freiwilligen Dienste zu erteilen. Der Nachweis der wissenschaftlichen Qualifikation durch Prüfung ist nach Maßgabe der Bestimmungen desjenigen Staates zu führen, dem die betreffende Prüfungskommission angehört.

Berlin, 28. Febr. Zahlreiche Zuschriften aus den Provinzen und den norddeutschen Bundesstaaten an die Mitglieder des Reichstages befürworten die en bloc- oder doch möglichst unveränderte Annahme des Nachdruckgesetzes.

Berlin, 28. Febr. Die von Ihren Kaiserl. Hoheiten dem Großfürsten und der Frau Großfürstin Michael von Rußland beabsichtigte Reise nach Deutschland hat eine Verzögerung erfahren. Wahrscheinlich werden die hohen Herrschaften erst am 4. März von St. Petersburg in Berlin eintreffen und nach einigen Tagen Aufenthalts sich von hier nach Karlsruhe weiter begeben. Wie verlautet, kehrt der Großfürst im April von Karlsruhe nach St.

Petersburg zurück und reist dann von dort auf seinen Statthalterposten nach dem Kaukasus. Die Frau Großfürstin dürfte mit ihren Kindern eine Reihe von Monaten in Baden verbleiben.

Das Landesökonomie-Kollegium hat sich für eine Erweiterung des Ressorts des Landwirtschafts-Ministeriums ausgesprochen. Als Gegenstände, welche aus anderen Ministerien in dies Ressort hineinzuziehen seien, sind von ihm u. A. das Veterinärwesen und die landwirtschaftlichen Kreditinstitute bezeichnet worden. Ebenso hat das Kollegium sich dafür erklärt, daß den theoretischen Ackerbauschulen und den landwirtschaftl. Mittelschulen die Berechtigung beigelegt werde, Qualifikationszeugnisse für den einjährigen freiwilligen Militärdienst auszustellen.

Se. Königl. Hoh. der Kronprinz wohnte der heutigen Sitzung des norddeutschen Reichstages bei. Während der vergangenen Woche erschien Höchstberieselbe zweimal in den Sitzungen des Landesökonomie-Kollegiums. Das Kollegium hat sich bei seinen jüngsten Verhandlungen namentlich auch mit der schon von der landwirthsch. Delegirtenversammlung und vom Kongreß norddeutscher Landwirthe erörterten Frage beschäftigt: ständige Organe zu einer ausreichenden Vertretung der landwirthsch. Interessen zu erlangen. Dem Vernehmen nach ist im Laufe der darüber geführten Debatten vom Landwirtschafts-Minister die Erklärung abgegeben worden, er sei in Betreff solcher Vertretung für Preußen einer Reform des Landesökonomie-Kollegiums nicht entgegen. Auch stimme er für eine Verstärkung der gewählten Mitgliedschaft desselben. Das Recht aber, einen Theil der Mitglieder zu ernennen, könne er nicht aufgeben. Dergleichen könne er auch nicht die Zwangsverpflichtung auf sich nehmen, über alle vorkommenden Fälle und Fragen das Gutachten des Kollegiums einzuholen. Bei der großen Zahl der Mitglieder desselben halte er die Bildung eines ständigen Ausschusses für annehmbar und räthlich.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 27. Febr. Wie die „N. Fr. Presse“ versichert, wird das Ministerium Hasner nunmehr zur Entfaltung seiner Aktionspolitik übergehen. Das Ministerium werde zunächst der Verwaltung in Böhmen „eine strammere Haltung“ geben und zu dem Ende eine Aenderung in der Statthalterei eintreten lassen, auch die Prager Stadtvertretung, falls sie abermals einen Deklaranten zum Bürgermeister wählen sollte, auflösen und einen Kommissär nach Prag entsenden; in analoger Weise solle bei den Bezirksvertretungen vorgegangen werden. Bezüglich der Wahlreform beabsichtigte Giskra, die Zahl der Abgeordneten zu verdoppeln und direkt unter Wahrung der Gruppen mit Ausschließung der Landtage wählen zu lassen; der neue Reichsrath solle sogleich nach der für Oftern in Aussicht genommenen Schließung der Session gewählt werden. Polen gegenüber sei man geneigt, insofern nachzugeben, daß das Unterrichtswesen nebst der Strafpolizei an die Landesregierung überginge und der Statthalter an der Spitze des Landesauschusses für die Ausführung der Landesgesetze gegenüber dem Landtage verantwortlich wäre. Diese Konzeptionen würden vom Reichsrath zu genehmigen und vom galizischen Landtag in die dortige Landesordnung aufzunehmen sein; polnische Parteiführer meinten, daß auf dieser Grundlage, nöthigenfalls mit einem neugewählten Landtage, ein Kompromiß gelingen werde. Auch die Slowenen würden sich beschwichtigen lassen, zu welchem Zwecke man Verhandlungen einzuleiten gedente.

Italien.

Florenz, 22. Febr. (Köln. Z.) Die von einigen liberalen Katholiken und Klerikern Mailands ins Werk gesetzte Adresse an den Erzbischof dieser Diözese hatte beinahe den Erzbischof selbst um die Aussicht auf die Erlangung eines Kardinalshutes gebracht. Die zukünftige Eminenz hatte auch in der That nichts Eiligeres zu thun, als in einem drohenden Schreiben an seine Kleriker und Gläubigen von der Unterzeichnung dieser Adresse abzumahnern, welche nur die Folge haben könnte, die Stadt Mailand einer so außerordentlichen Ehre und Auszeichnung, wie der heil. Stuhl sie ihr zugebacht habe, zu berauben! Es scheint also, daß man in Rom die Bischöfe für die Schritte ihrer Diözesanen verantwortlich gemacht hat. Margotti geht noch weiter. Er nennt in seiner „Unità Cattolica“ seine liberalen Confratres von Mailand kurzweg „einen stinkenden Ueberrest der josephinischen Schweinerei“.

Florenz, 25. Febr. (Köln. Ztg.) Die Angelegenheit der neapolit. Banken scheint wahrhaft schreckenerregende Dimensionen annehmen zu wollen. Es sind bereits seit der Katastrophe vom 15. d. M. über 60 Personen verhaftet worden, ohne daß die öffentliche Meinung sich mit dieser Maßregel hätte beruhigen lassen. Es kann kaum mehr ein Zweifel darüber sein, daß dieses gemeinschädliche und unmoralische Unternehmen Mitschuldige und Helfershelfer in sämtlichen Klassen der Gesellschaft hat. Während die Instruktionrichter alle Hände voll Arbeit haben, um in

das Chaos, welches durch die theils gezwungenen, theils freiwilligen Fusionen der kleineren Banken mit den ursprünglichen entstanden ist, einiges Licht zu bringen, um Rechnungen nachzusehen, Register zu prüfen, die Bilanzen auseinanderzulegen und was dergleichen verwickelte Geschäfte mehr sind, wird es mit jedem Augenblick schwerer, die Ungebild des Publikums zu zügeln, welches ungestüm auf die ungesäumte Verhaftung aller vermeintlichen oder wirklichen Mitschuldigen, namentlich aus den Kreisen der höheren Aristokratie und des Beamtenstandes, dringt.

Rom, 23. Febr. (Köln. Btg.) Auch der „Kleine Katechismus“ hat sich bei den Vätern des Konzils keiner sonderlich günstigen Aufnahme erfreut, so viel ist gewiß, obwohl einzelne Redner, wie Mgr. Augustin David, Bischof von Saint Brieux, mit großer Kraft und Nachdruck für ihn in die Schranken getreten sind. Es ist eine Erscheinung, die bemerkt zu werden verdient, daß selbst in einem Theile der katholischen Presse Italiens sich eine Regung von Opposition gegen diesen kleinen Katechismus geltend macht. So glaubt der „Standardo Cattolico“ von Genua, daß das Konzil schon aus pädagogischen Rücksichten unmöglich allen Diözesen der Erde dasselbe Handbuch der „Religionswissenschaft“ vorschreiben könne, und daß man sich für die Einheit der Lehre wohl daran genügen lassen könne, daß überall das apostolische Symbolum zur Grundlage des Unterrichts angewendet werde.

Frankreich.

Paris, 27. Febr. (Köln. Btg.) Heute Morgen haben die „setten Ochsen“ ihren Umzug durch Paris begonnen und einem Theile der hohen Staatswürdenträger ihre Besuche abgestattet. Der Zug ist etwas glänzender, als in den letzten Jahren, doch fehlt ihm, wie immer, jede Originalität. Wie gewöhnlich besteht er aus sieben bis acht Wagen, die mit Frauen und Männern in allerlei Trachten und den beiden Ochsen beladen sind. Reiterei in mittelalterlicher Tracht nebst Musikbänden und Tambours, so wie Municipalgarden zu Pferd und zahlreiche Polizeibienen zu Fuß (dies ist eine Neuerung) bilden die Eskorte. Eine zahllose Menschenmenge strömt überall auf dem Wege zusammen, welchen der Zug nimmt, der, einige verkleidete Kinder, einige Masken auf Velocipedes und einige Reklamwagen der großen Mode- und anderen Geschäfte enthaltend, bis jetzt Alles ist, was der Pariser Straßenkarneval darbietet. — König Franz hat gegen seine hohe Gemahlin, die Erzherzogin Isabella, einen Prozeß eingeleitet und damit begonnen, daß er von den französischen Gerichten sich ermächtigen ließ, deren ganzes Privatvermögen mit Beschlag zu legen. Er stützt sich bei seiner Klage darauf, daß die, welchen die Erzherzogin die Verwaltung ihres Vermögens anvertraut, dasselbe verschwenden. — Wie verlautet, ist Hr. Delaunay zum Nachfolger Levequiers bestimmt. — Der Prinz Napoleon begibt sich dieser Tage wieder auf Reisen. Er soll die Absicht haben, Ostindien zu besuchen. — Der Kampf der Theaterdirektoren und Ballunternehmer gegen die Verwaltung, welche darauf beharrt, den zehnten Theil ihrer Bruttoeinnahmen für die Armenverwaltung zu erheben, dauert fort. Die Direktoren geben nämlich nicht nach, verweigern die Angabe ihrer Einnahme, und die Gerichtsvollzieher, die man zum Eintreiben der Gelder verwendet, müssen dieselben mit Gewalt wegnehmen. Die Gerichtsvollzieher treten dabei ganz rücksichtslos auf, erbrechen nicht allein die Kassen, sondern durchsuchen auch die Personen der Direktoren. Da sie nicht wissen, wie hoch die Einnahmen der einzelnen Theater sind, so berechnen sie dieselben nach denen der Porte St. Martin, welches im Augenblicke jeden Abend ungefähr 6000 Franken einnimmt, und Theateru (die Einnahmen sind jetzt sehr schlecht), welche des Abends ungefähr 5- bis 600 Franken einnehmen, wird die ganze Einnahme weggenommen. Das „Ambigu comique“ hat vorgestern gratis und gestern gar nicht gespielt. Wie es heißt, wollen die Theater diesem Beispiele folgen, ihre Vorstellungen einstellen und so die Regierung zwingen, es aufzugeben, eine Steuer von ihnen zu erheben, welche so hart auf ihnen lastet. Das große Publikum selbst nimmt Partei gegen die Regierung. — Ein weiterer Mitarbeiter an der „Marseillaise“, Barlin, ist in Freiheit gesetzt worden.

Paris, 28. Febr. Vorige Woche besuchte der Kaiser die allgemeine Ackerbau-Ausstellung im Industriepalast. Er war hierbei vom Minister des Ackerbaues, Hrn. Rouvet, von Hrn. St. Germain, einem der Präsidenten der Ausstellungskommission, von Hrn. Lesèvre de Ste. Marie, Direktor der Agrikultur, und mehreren Notabilitäten der Literatur und Presse begleitet.

Wie die „Presse“ meldet, hat der päpstliche Nuntius sich heute Morgen nach dem Tuilerienpalast begeben, wo er eine etwa eine Stunde dauernde Unterredung mit dem Kaiser gehabt hat. Gestern Abend hatte er eine Zusammenkunft mit dem Minister des Auswärtigen gehabt. Die gestern telegraphisch angegebene Mitteilung des „Moniteur“ aus Rom lautet vollständig:

Unsere Briefe aus Rom berichten uns, daß man dort einem erneuten Versuche des Tuilerienkabinetts entgegensteht, um den hl. Stuhl und das Konzil von allen Entschlüssen abzuhalten, die geeignet wären, dem französischen öffentlichen Recht zu nahe zu treten. Die Kaiserl. Regierung würde namentlich auch auf die Nothwendigkeit hinweisen, allen Meinungen, welche in der Versammlung der Prälaten sich geltend machen, die gleiche Freiheit zu gewähren. Unsere Korrespondenten fügen bei, daß eine Vertagung der Beratungen des Konzils höchst wahrscheinlich geworden ist, um so mehr, als man von Haus aus darüber übereingekommen war, daß die Bischöfe während des Sommers wegen der Ungeundheit des römischen Klima's die Beratungen aufsetzen sollten.

Der „Patrie“ zufolge ist es wahrscheinlich, daß der Bischof von Grenoble, Mgr. v. Genouilhac, zum Erzbischof von Lyon ernannt werden wird in Folge des Todes des Kardinals Bonald.

Nach der „Presse“ würden die 56 bald nur noch 43 sein, da man bereits von 13 Abtrünnigen spreche. Es seien dies die „Klugen“, welche eine Zornesstunde aus der Fassung gebracht habe, die sich aber alsbald eines Besseren besonnen hätten.

Durch ein kaiserl. Dekret, welches das „Offizielle Journ.“ veröffentlicht, sind 4 Brigadegenerale zu Divisionsgeneralen und 4 Obersten zu Brigadegeneralen ernannt worden. — Rente 73.97 1/2, Cred. mob. 201.25, ital. Anl. 55.50.

Rumänien.

Bukarest, 27. Febr. Die diesjährige Kammeression ist durch kaiserliches Dekret bis zum 26. März verlängert worden.

Serbien.

Belgrad, 18. Febr. (A. B.) Zwei wichtige Nachrichten kamen dieser Tage aus Stambul an: es soll nämlich im Rathe des Sultans beschlossen worden sein, endlich die bulgarische Kirchenfrage im Sinne der bulgarischen Wünsche zu erledigen, und ferner die Christen des Reichs zur persönlichen Kriegsdienstleistung anzuhalten. Die Tragweite dieser Nachrichten ist natürlich eine grundverschiedene, während die Bestätigung der erstern dem osmanischen Staat unlängbar nützen wird, dürfte die Aushebung der Christen zur großherrlichen Armee eine sehr bedenkliche Stimmung in der ganzen europäischen Türkei hervorrufen.

Rußland und Polen.

Riga, 28. Febr. Durch starken Südwestwind ist das Eis bei Domesnäs von den Ufern abgetrieben. Die Riffpassage und der Hafen sind frei vom Eis.

Großbritannien.

London, 27. Febr. Für die Grafschaft Tipperary ist der nationale Kandidat Heron mit einer Mehrheit von dreizehn Stimmen gegen den rein feilischen Kandidaten Kicham zum Unterhausmitglied erwählt worden.

Amerika.

Washington, 27. Febr. Der Senat beschloß mit 48 gegen 8 Stimmen, den von Mississippi zum Senator erwählten Negerkidnapsator zuzulassen.

Lissabon, 26. Febr. Vom La-Plata-Kriegsschauplatz wird gemeldet: Lopez verließ Panaders mit Zurücklassung der Kranken. Camara schlug 600 Paraguiten bei Concepcion, wohin der Oberbefehlshaber der brasilianischen Armee, Graf d'Eu, gleichfalls abgegangen ist.

Badischer Landtag.

++ Karlsruhe, 26. Febr. 63. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Unter dem Vorsitz des Präsidenten: Hildebrandt.

(Spezialberatung des Gesetzesentwurfs, den Betrieb der Wirtschaften und den Kleinhandel mit geistigen Getränken betr. Schluß.)

Abg. Biffing: Die Kantinen entsprechen unsern Verhältnissen nicht; jedenfalls möge man die polizeiliche Aufsicht gegen Heilnahme von Nichtmilitärs verschärfen.

Abg. v. Gulat: Die Bedeutung der Frage werde wohl übertrieben, die Kantinen seien eine Art militärischer Erziehungsanstalt; auch seien dieselben für's Militär wohlfeiler.

Der Berichterstatter Abg. Kusel hebt hervor, daß auch in der österreichischen Armee Kantinen bestehen. — Als Mitglied des Hauses unterstützt er den Antrag auf Ueberweisung zur Kenntnissnahme und hebt in politischer Beziehung hervor, daß durch die Kantinen und Offiziersmessagen der frühere wärmere Verkehr zwischen Militär und Zivil gestört werde.

Staatsminister Dr. Jolly behält dem Kriegsminister vor, den Vorwurf dieser Tendenz zu widerlegen; jene Einrichtung habe die angeführte Tendenz nicht, sondern sei aus rein ökonomischen Gründen hervorgegangen.

Abg. Kusel: Er habe keine solche Tendenz vorgeworfen, sondern nur die Wirkung konstatiert.

Der Antrag des Abg. Hoff wird angenommen.

Abg. Gerbel zeigt hierauf an, daß die Kommission für Verabreichung des Vertrags über wechselseitige Gewährung der Rechtshilfe den Bericht vollendet habe und mündliche Berichterstattung beantrage.

Es wird der Antrag angenommen und baldige Beratung beschlossen, nachdem der Abg. Baumstark einen Antrag auf Druck des Berichts zurückgezogen hatte.

Sodann stellt Abg. Eckhard den Antrag, die neue Einteilung der Wahlbezirke ohne Begutachtung durch eine Kommission im Plenum zu beraten.

Abg. Baumstark tritt Dem entgegen, weil das versammelte Haus nicht die nötige Detailkenntnis habe, und stellt den Antrag auf Begutachtung.

Abg. Hoff beantwortet den erstern Antrag, weil gerade im Plenum Jeder die Ansichten seines Wahlkreises und die Spezialkenntnis desselben zur Geltung bringen könne.

Abg. Hoffhirt: Jedenfalls könne nur eine erste Vorberatung im Hause stattfinden; die nötigen statistischen Nachweisungen könne nur eine Kommission erheben.

Abg. Eckhard will Dem nicht vorgreifen, daß nach einer Plenarberatung die Sache an eine Kommission zurückgewiesen werde.

Abg. Baumstark erklärt sich damit einverstanden, daß die allgemeinen Gesichtspunkte zuerst im Plenum beraten würden.

Nachdem sich noch Staatsminister Dr. Jolly, die Abgg. Eckhard, Baumstark, Hoffhirt und Kusel an der Diskussion betheiligten, wird beschlossen, den Gesetzesentwurf im Plenum zu beraten, sofern sich nicht bei dieser Beratung solche Anstände ergeben, welche die Begutachtung durch eine Kommission nötig machen. Abg. Kirs-

ner wird zum Referenten ernannt und nimmt diesen Auftrag an.

Schluß der Sitzung.

++ Karlsruhe, 28. Febr. 64. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Unter dem Vorsitz des Präsidenten: Hildebrandt.

Am Ministertisch: Ministerpräsident v. Dusch, Ministerpräsident Ellstätter, Geh. Referendar Muth, Ministerialrath Gerwig.

Der Präsident eröffnet die Sitzung mit einer Mitteilung aus der Ersten Kammer. Sekretär Schupp zeigte das Einlaufen einer Petition der Gemeinde Friesenheim, verschiedene Beschwerden betr., einer Anzahl von Gemeinden um Aufhebung der Flußbau-Beiträge, und von Gemeinden des Oberrheins und des Baulands, Eisenbahnbau betr., an.

Als erster Gegenstand folgt die Beratung des Berichts des Abg. Roder über das außerordentliche Budget für die Jahre 1870/71. Tit. V. Ministerium des Handels.

Die Summe der aufrecht zu erhaltenden Kredite für Wasser- und Straßenbau (183,717 fl. 34 kr.) wird ohne Bemerkung genehmigt, ebenso die neuen Anforderungen II. für Bearbeitung der Landesstatistik und III. für Beförderung der Gewerbe. Hierbei bemerkt

Abg. Kölle mit Bezug auf eine Stelle des gedruckten Kommissionsberichts, welche den Wunsch ausdrückt, die Kleingewerbe des Landes möchten von dem Musterlager der Gewerbehalle noch mehr Vortheil ziehen: die Landesgewerbehalle diene gerade dem Kleingewerbe des Landes; das Großgewerbe könne sich diese Muster auf andere Weise verschaffen.

Der Berichterstatter Abg. Roder: Das Musterlager in der Landesgewerbehalle sollte gleichsam eine Lehranstalt für die Kleingewerbe sein; die betreffenden Meister sollten zur Theilnahme aufgefordert und ihnen Muster nach Hause gegeben werden.

Abg. Kölle und Ministerpräsident v. Dusch: Dieses geschehe bereits, soweit es die Mittel erlauben.

Tit. IV. für Beförderung der Landwirtschaft (7350 fl.) wird angenommen.

Zu Tit. V. Wasser- und Straßenbau, Vervollständigung des Landtrassenetzes (Ziff. 14) fordert die Regierung 650,000 fl.

Abg. Kirsner richtet an die Regierung Kamens der Budgetkommission die Bitte, in der nächsten Budgetperiode nicht bloß 650,000 fl., sondern die nach dem jüngst beschlossenen Straßengesetz in je 2 Jahren auszugeben 800,000 fl. auf die genehmigten Straßenanlagen zu verwenden, was um so mehr thunlich sei, als manche Posten des Budgets dem Kommissionsbericht gemäß wegfallen. Der Regierung werde es wohl möglich sein, die nötigen Vorarbeiten in Bälde vorzunehmen.

Ministerpräsident v. Dusch: Der Hauptgrund, warum nicht die ganzen 800,000 fl. schon für diese Budgetperiode vorgesehen wurden, sei, daß nur so viel Vorarbeiten in dieser Periode zu Ende geführt werden könnten, welche zusammen einen Aufwand von 650,000 fl. erforderten. Neben den technischen Vorarbeiten seien insbesondere die Verhandlungen mit den Gemeinden zeitraubend. Zudem sei das außerordentliche Budget schon hinlänglich belastet. Doch sei es der Regierung erwünscht, wenn sie nach dem Antrag der Kommission ermächtigt werde, eventuell ihre Ausgaben bis zu 800,000 fl. zu steigern.

Abg. Friedrich schließt sich den Ausführungen des Abg. Kirsner an und hebt hervor, es habe sich in der neueren Zeit der Uebelstand nicht selten gezeigt, daß die Straßenmeister sich weigern, die Weisungen der Bezirksämter anzunehmen und nur auf den Befehl der Wasser- und Straßenbau-Inspektion hin Straßenarbeiten ausführen wollten.

Ministerpräsident v. Dusch: Dem Handelsministerium seien noch keine solche Beschwerden zugekommen. Die Einteilung des Dienstes des Straßenmeisters könne nur von einer Behörde, von der Wasser- und Straßenbau-Inspektion, ausgehen, sonst gebe es Verwirrung im Dienst. Uebrigens sei durch Vereinbarung des Ministeriums des Innern und des Handelsministeriums verordnet, daß die Aemter, wenn sie über einen Straßenmeister verfügen wollten, sich mit der betreffenden technischen Behörde vorher in Benehmen setzen sollten.

Abg. Hummel wünscht aus Anlaß des von dem Hause genehmigten Beitrags zur Errichtung eines Denkmals für Tulla (Ziff. 15. 2000 fl.), daß die hauptsächlich durch die Rheinkorrektion begünstigten Gemeinden auch etwas beitragen könnten.

Geh. Referendar Muth hofft, daß diese Anregung in die Gemeinden dringen werde.

Tit. V (762,000 fl.) und Tit. VI (Polizei über Maß und Gewicht, 5000 fl. für Ausrüstung des künftigen Ober-Eichamts).

Abg. Hebling wünscht bei letzterem Posten, daß die Eichanstalten möglichst bald hergestellt würden.

Ministerpräsident v. Dusch: Die Vollzugsverordnungen zu dem Maß- und Gewichtsgesetz seien bereits erlassen und seien die Eichämter bereits in angestrenzter Thätigkeit behufs Durchführung des Gesetzes.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist die Beratung des Berichts des Abg. Lamey über die in den Jahren 1870 und 1871 aus dem Domänengrundstock zu machenden Ausgaben.

Zu § 2 (Herstellung eines Gebäudes für die vereinigten Sammlungen hier, 174,958 fl. aufrechtzuerhaltende Kredite, 80,000 fl., neue Anforderungen) spricht

Abg. Kölle die Befürchtung aus, daß die im Mittelbau noch bestehende Lücke in der Beobachtung in der Weise ergänzt werde, daß das Dach in gerader Linie mit dem auf beiden Seiten befindlichen Nebenbau herübergezogen werde. Redner wünscht die Aufsetzung einer Kuppel auf den Mittelbau.

Ministerialpräsident Ellstätter: Die Büche auf dem Dach rühre daher, daß man über die Fortführung der Dachlinie noch nicht ganz einig geworden sei. Der früher vorgelegte und bewilligte Plan habe nicht einen Kuppelbau, sondern die Fortführung der geraden Dachlinie in Aussicht genommen. Die fortschreitende Vollendung des Baus zeige aber, daß ein solcher Dachbau dem monumentalen Charakter des Gebäudes nicht entspreche; der Techniker sei nunmehr beauftragt worden, einen Plan zur Abhilfe dieses architektonischen Mißstandes vorzulegen, dessen Ausführung einen möglichst geringen Kostenaufwand bedinge. Eine Entscheidung sei noch nicht getroffen. Die Regierung dürfe aber wohl im Falle etwaiger Abweichung vom Plane auf nachträgliche Genehmigung hoffen.

Abg. Hoff: Man solle nicht durch zu weit getriebene Sparjamkeit die Schönheit dieses Gebäudes schädigen.

Abg. Kille hofft, daß eine Kuppel gebaut werde.

Abg. Richter rät zum Maßhalten in Herstellung solcher großen Bauten, obgleich er mit der schönen Vollendung der begonnenen einverstanden sei.

Abg. Friedrich macht darauf aufmerksam, daß die Mittel zu diesem Bau aus dem Domänengrundstock genommen würden, und nicht ins eigentliche Budget fielen.

Abg. Kirchner spricht sich ebenfalls dafür aus, daß der Regierung die Hände nicht gebunden werden sollten, wenn es sich um entsprechende Verschönerung eines solchen Baues handle.

Ministerialpräsident Ellstätter erklärt von diesen Ansichten des Hauses mit Vergnügen Kenntnis zu nehmen. Die übrigen Positionen werden ohne Bemerkung, ebenso der Kommissionsantrag, die geforderten 374,770 fl. als in den Jahren 1870 und 71 auf den Domänengrundstock zu übernehmende außerordentliche Ausgabe zu bewilligen, angenommen.

Der Präsident bringt noch 2 Urlaubsgesuche zur Kenntnis des Hauses, welche genehmigt werden, und schließt die Sitzung.

† Karlsruhe, 1. März. 65. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Mittwoch den 2. März, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichtes des Abg. Tritscheller über das außerordentliche Budget für die Jahre 1870 und 1871. I. Staatsministerium; II. Ministerium des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten; III. Ministerium der Justiz; IV. Ministerium des Innern; VI. Ministerium der Finanzen.

Vermischte Nachrichten.

— Emmendingen, 26. Febr. (Hochb. B.) Heute hat Meister Storch auf seinem alten Stammsitze sich wieder eingefunden.

— München, 27. Febr. (Bayr. Bl.) Sr. Maj. der König hat angeordnet, daß für einzelne Schauspielerstellungen im Hoftheater an die Soldaten und Unteroffiziere der hier garnisonirenden Regimenter Eintrittskarten verteilt werden. Bei der jüngst stattgefundenen Vorstellung der „Jungfrau von Orleans“ wurde mit dieser Einrichtung der Anfang gemacht, und hierbei gelangten 100 Büllete zur Verteilung. Die Soldaten erhalten Plätze auf der Gallerie, die Unteroffiziere im Parterre angewiesen.

— Grünberg, 26. Febr. Die im vorigen Jahre von dem Schwurgericht in Grünberg wegen Gattenmordes zum Tode verurtheilte Kutschwittwe Wieland aus Schweinitz ist von Sr. Maj. dem König zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden.

— Durch das Berspringen eines Wasserleitungsrohrs drang dieser Tage in die königl. Bibliothek in Berlin das Wasser in die erste Etage und von dort in die Parterre-Räume so massenhaft, daß die Diener über 300 Eimer des feinsten Elements hinaustrugen. Ein nicht unbedeutender Teil der Bücher aus der preussischen und englischen Geschichte wurde durchnäßt. Bedauernswerth bleiben die Bewässerungen, welche das Element in der fotografischen und in der musikalischen Abteilung anrichtete, wo namentlich eine große Anzahl kolorirter Karten und musikalischer Handschriften dadurch außerordentlich geschädigt wurde.

— Wien, 27. Febr. Wie die „Presse“ mittheilt, hat das Gremium der Buchdruckereibesitzer, um so möglich dem Strike, der nun schon 8 Tage dauert, ein Ende zu machen, den Beschluß gefaßt, mit dem 1. März 1870 einen neuen Tarif ins Leben treten zu lassen. Das genannte Blatt schreibt: „Das Gremium hat sich über einen neuen Tarif geeinigt, welcher zwar den übertriebenen Forderungen der Tarifkommission der Gehilfen nicht entspricht, wohl aber gegen den jetzt bestehenden Tarif vom 1. Sept. 1868 eine wesentliche Erhöhung zeigt und selbst noch über die bisherigen Sätze hinausgeht, welche die frühere Tarifkommission der Gehilfen nach einer eingehenden Arbeit von drei bis vier Monaten aufgestellt hatte und den Buchdruckereibesitzern vorlegen wollte, woran sie aber durch das Drängen der sozialistischen Wortführer gehindert wurde. Diesen Tarif werden die Druckereien mit dem 1. März 1870 in Kraft treten lassen, und es hängt nur von den Gehilfen ab, ob sie die gestellten unannehmbaren Nebenbedingungen aufgeben und sich der Vorteile, welche derselbe bietet, bedienen wollen oder nicht.“ Die „Presse“ fügt hinzu: „Alle Zeichen deuten darauf hin, daß ein Umschwung in den Ansichten der Gehilfen sich vollzieht, und jetzt schon die Arbeitseinstellung ihrem Ende nahe ist.“

— Wiener „Presse“ und „Tagblatt“ widerlegen die Nachricht von dem Tode der Barbara Ubril.

Badische Chronik.

Die „Badische Frage“ im norddeutschen Reichstage.

Unter dieser Ueberschrift bringt die neueste Nummer der „Badischen Korrespondenz“ einen längeren Artikel, welcher den Eindruck widerspiegelt, den die Donnerstag-Sitzung des norddeutschen Reichstages in den nationalliberalen Kreisen gemacht. Der Artikel zollt dem Vorgehen der Parteigenossen im Reichstag um so mehr seine aufrichtige Anerkennung, „als es nicht die Folge irgendwelcher Aufforderung aus badischen politischen Kreisen, vielmehr lediglich aus dem selbständigen, eigenen Entschlusse der Freunde im

Norden hervorgegangen ist.“ Die Würdigung, welche das Streben Badens an diesem Tage von allen Seiten gefunden, werde, neben dem eigenen Pflichtbewußtsein, dem Vorschage — auszuhalten bis zur Erreichung des Zieles — zur lebendigen Aufmunterung gereichen. Die Stellung, welche Graf Bismarck zu dem Kaiserlichen Antrag eingenommen, gebe einen neuen Beitrag zu einer bekannten Thatsache, daß nämlich das Präsidium des Norddeutschen Bundes bei gegenwärtiger Sachlage den Augenblick für eine Ausdehnung des Norddeutschen Bundes über den Main herüber noch nicht für gekommen erachtet, auch nicht für einen Staat wie Baden, der in seiner nationalen Politik dem Werke der Wiedervereinigung freudig entgegenkommen würde. Auch wisse man, daß hier Rücksichten auf die europäischen Machtinteressen im Spiel seien, und daß zum Erfolg dieser Politik die entgegenkommende Initiative des norddeutschen Bundespräsidiums erforderlich sei. „Der Umstand — sagt die „Bad. Korresp.“ —, daß bisher weder die Regierung, noch die versammelten Kammern in Baden irgendwelche auf die Erreichung dieser Initiative hinwirkenden Schritte gethan haben, beweist deutlich, daß man sich der Bedingungen der gegenwärtigen europäischen und deutschen Lage hiezulande mit Klarheit bewußt gewesen ist.“ Die an den Verfassungsfreie erinnernde scharfe Form, deren sich Graf Bismarck in einzelnen Stellen seiner Rede gegen Vöcker und dessen Freunde bediente, werde freilich seinen und unjeren Gegnern im Süden eine willkommene Gelegenheit bieten, diesen Vorgang zu Gunsten ihrer antinationalen Bestrebungen auszubenten, und auch die „Bad. Korresp.“ bedauert gerade diese formelle Seite der Rede, die ansehend mit einer überflüssigen und ungeruchfertigen Eifersucht des Redners auf seine Prärogative der obersten Leitung zusammenhänge.

„Mögen die norddeutschen Männer — fährt die „Bad. Korresp.“ fort —, welche sich durch solche Widrigkeiten nicht abhalten lassen, seit Jahren schon in aufopfernder Treue jede persönliche Rücksicht der patriotischen That für die große und Allen gemeinsame Sache des Vaterlandes unterzuordnen, auch nach diesem Tage überzeugt sein, daß auch unter den Gefinnungsgenossen in Baden kein Mann sich findet, dessen erste und entschlossene Fortarbeit an unserer größten Aufgabe in der Gegenwart durch Empfindungen, wie sie Bismarck's Rede hervorrufen muß, durchkreuzt oder gelähmt werden könnte. Wohl läßt sich streiten über den Kern der Gründe, welche Bismarck dem vereinzelten Anschlusse Badens an den Norddeutschen Bund entgegengehalten hat, daß nämlich unser Staat außerhalb des Bundesstaates der nationalen Sache größere Dienste leisten könne, als nach vollogenerem Eintritt. Wir wissen, daß diese Auffassung seit der Entscheidung von 1866 die süddeutsche Politik des Grafen Bismarck maßgebend bestimmt hat. Dagegen findet sich im Norden, wo es scheint, vielfach, und theilweise auch im Süden eine, der Bismarck'schen Ansicht entgegengesetzte Auffassung. Daß indeß in Baden weder Regierung noch Volksvertretung als solche gewonnen sind, diese letztere Anschauung zu der übrigen und zur Richtschnur ihres Handelns zu machen, dürfte aus der oben gekennzeichneten Haltung derselben zur Genüge hervorgehen.

„Von einer besonders überraschenden oder gar entmutigenden Wirkung der Bismarck'schen Kundgebung kann also bei uns gar nicht die Rede sein. Wenn sie überhaupt eine Wirkung auf uns ausübt, so kann es nur die sein, daß wir um so deutlicher erkennen: die wirksamste Stärkung der nationalen Partei in Baden liegt in der gleichzeitigen Thätigkeit derselben für den freihändlerischen Ausbau unserer heimischen Staatsverhältnisse. Hierin werden wir mit verdoppelter Energie fortzuführen, in dem festen Bewußtsein, daß der liberale und deutsche Geist des badischen Volkes uns Muth und Ausdauer verleihen wird, um inmitten aller Schwierigkeiten der Zeit nicht allein für die vollständige Entfaltung der inneren Zustände unseres schönen Heimatlandes, sondern auch für die Aufgabe der deutschen Nation mit ausdauernder Hingebung unsere Pflicht zu erfüllen.“

„Unsere Freunde im Norden, und mit ihnen der Leiter der norddeutschen Politik mögen sich also versichert halten, daß wir weder müde noch mit sinkenden Hoffnungen der Zukunft entgegengehen. Wir unerschrocken aber leben der festen Ueberzeugung, daß man auch in Preußen in den entscheidenden Kreisen, eingedenk sein werde, daß die einzige Berechtigung zu der Erreichung des Werkes von 1866 in dem unerschütterlichen Entschlusse gelegen ist, die deutsche Staatsreform durch die Aufnahme Süddeutschlands in den auf den Trümmern des alten Bundes geschlossenen nationalen Staat zu vollenden. Daß dieser Gedanke nach wie vor den Grafen Bismarck befehle, dafür gewähren seine neuesten Auslassungen genügende Beweise. — Beweise, die der feindselige Geist Deter, welche sich bemühen, aus seinen Worten das Gegentheil herauszulesen, nicht übersehen sollte.“

× Karlsruhe, 28. Febr. Bei Feier des 50jährigen Jubiläums der kirchlichen Union in Rheinbayern hat der als nationalliberale Mitglied der bayerischen Kammern und rheinbayerischen Generalsynoden weiterhin bekannte, in seiner Pfarrei Landau allgemein und hochverehrt, Pfarrer J. P. Gelber eben dieser seiner Gemeinde eine literarische Gabe gewidmet, welche auch in diesen Blättern eine Erwähnung verdient. Es ist das Buch: „Magister Johann Bader's Leben und Schriften und Nikolaus Thomä und seine Briefe, ein Beitrag zur Reformationsgeschichte der Städte Landau, Bergzabern und der unterheinischen Pfalz. Neustadt 1868.“ Diese Schrift nämlich enthält nicht nur eine nahezu ganz aus bisher ungedruckten und unbenützten Quellen geschöpfte Darstellung des Wirkens der beiden genannten rheinpfälzischen Reformatoren, der Pfarrer in Landau und Bergzabern, sondern dieser Letztere ist auch außerdem ein Kind unseres Landes. Nikolaus Thomä wurde nämlich in Sigelsbach (Nun Reichartshausen) 1492 geboren und starb 1546 als Pfarrer in Bergzabern, nachdem ihm 1545 Bader in Neustadt im Tod vorangegangen war. Die Geschichte dieser beiden Männer bildet nur ein kleines, aber sehr abgerundetes und anziehendes Miniaturbild neben den großen Heldenbildern der Reformationszeit. Es zieht wie alle derartige Leistungen mehr den Kenner als das große Publikum an, dem Historiker aber bietet es die wertvollste Handreichung. Je weniger demnach solche Arbeiten geeignet sind, den Ruhm ihres Verfassers in die weiten Kreise des jetzigen Publikums zu tragen und die aufgewendete Mühe und Sorgfalt durch glänzenden Absatz zu entschädigen, je mehr solche Arbeiten in der That ein Opfer an Zeit, eine wirkliche dankenswerthe und werthvolle Gabe an die Zeitgenossen sind, um so mehr verdienen sie wenigstens öffentlich genannt und als

das bezeichnet zu werden, was sie sind: die dankenswerthe Liebesdienste begehender, aber ganz unentbehrlicher Mitarbeiter an dem Aufbau echter historischer Wissenschaft. Daß wir hier nicht eine Parteilichkeit, weder eine antikatholische, noch eine antilutherische oder antiorthodoxe, sondern eine weitherzige und von echt historischem Sinn getragene Arbeit vor uns haben, braucht wohl kaum noch besonders erwähnt zu werden.

* Karlsruhe, 1. März. Der Karneval läßt diesmal mehr von sich auf den Straßen sehen, als man sonst hier seit Jahren gewohnt ist. Vorigen Sonntag hielt eine heitere Bürgergesellschaft einen Umzug im Geiste einer Storchengruppe, zugleich die Ankunft dieses ersehnten Boten des Frühlings symbolisirend. Heute folgte ein großer, von Polytechnikern ausgeführter Zug zu Fuß, zu Wagen und zu Fuß, rauschende Musik voran. Ein Gesamtplan des Zugs war für uns bei dem raschen Verfließen nicht ersichtlich, dagegen erblickte man eine Menge der tollsten Maskenfiguren. Eine unabsehbare Menschenmenge umwogte den lustigen Nummernzug.

Mannheim, 27. Febr. (N. B. Bds.) Der Gemeinderath hat in seiner letzten Sitzung im Wesentlichen den Anträgen des gemischten Ortschulraths in Betreff der an Ostern zu errichtenden gemischten einheitlichen Volksschule seine Zustimmung erteilt und beschlossen:

1) Die bisher behandelten konfessionell getrennten Volksschulen mit einfachem und erweitertem Lehrplan werden in eine gemischte einheitliche Volksschule mit erweitertem Lehrplane umgewandelt. Das Schulgeld wird, bis die gänzliche Aufhebung erndigt ist, auf 2 fl. jährlich, ohne Unterschied, festgesetzt. (Der kleine Ausschuss hat jedoch diesem Beschlusse entgegen beantragt, bei gleichem Schulgelde von 2 fl. zweierlei Schulen mit einem einfachen und erweitertem Lehrplan beizubehalten.)

2) Die Anzahl der Hauptlehrer an der gemischten Schule wurde auf 24, die der Unterlehrer auf 36 festgesetzt; dabei wurde die Absicht ausgesprochen, daß bei Ernennung der weiteren Hauptlehrer die hier mit Erfolg thätigen Unterlehrer berücksichtigt werden sollen. Die Anstellung eines besonderen Schuldirektors geschieht durch die Stadtbehörde.

3) Der Voranschlag an Aufwand für die Schule von 53,288 fl. wurde mit Rücksicht auf den französischen Unterricht, Zeichenunterricht und Turnen auf 60,000 fl. erhöht.

4) Die Errichtung einer besondern Schule in den Neckargärten soll deshalb unterbleiben, weil die Gemeinde die Absicht hat, ein neues Schulhaus mit Turnhalle auf dem städtischen Holzhofe zu erbauen, wodurch die Neckargärten der Schule bedeutend näher gerückt werden. Diese Beschlüsse des Gemeinderaths werden alsbald der Berathung und Beschlussfassung des Großen Ausschusses unterbreitet werden.

Freiburg, 27. Febr. (Sch. M.) Gestern ist die Adresse an Herrn v. Böllinger nach München abgegangen; darin ist ausgesprochen Dank und Anerkennung der großen Verdienste des Gefierten im Kampfe des aufgeklärten Katholizismus gegen die ultramontanen Bestrebungen, und natürlich volle Zustimmung zum Wirken des Gefierten. Die Professoren der juristischen, philosophischen und medizinischen Fakultät haben unterschrieben mit Ausnahme einiger Ultramontanen.

* Die Erberbschütterung am 26. v. M., von der wir aus Säckingen berichtet haben, wurde in der ganzen Umgegend verspürt, wie sich aus Zeitungsnachrichten aus Puzg, Kleinlauenburg, Wehr, Schönau u. s. w. ergibt.

† Karlsruhe, 28. Febr. Am 23. d. M. gab der Cäcilienverein sein 3. Konzert mit dem günstigsten Erfolge. Unter den zahlreichen Nummern des interessanten Programms sind hervorzuheben die Violinvorträge des Herrn Deede, welcher eine David'sche Komposition, Schumann's Abendlied und ein Präludium aus der E-dur-Sonate von J. S. Bach ausgezeichnet spielte, sowie die durch Frau Dr. Bohl meisterhaft vorgetragene beiden Soli für die Harfe von Godefrid. Außerdem ließ sich Hr. Otto Bassermann aus Heilberg in zwei Liedern von R. Schumann und einer Schubert'schen Ballade für Bass hören, und zeigte sich, wie vor zwei Jahren in Epohr's durch den Cäcilienverein ausgeführte Werke „Der Fall Babylon“ als gewandter Oratorienfänger, so dieses Mal als ein trefflicher Lieberfänger, welchem schöne Stimmittel zu Gebote stehen. Der Chor des Cäcilienvereins sang Hauptmann's Salve regina, Solo und Chöre aus Händel's Saul, zwei Gesänge für Frauenchor von Brahms und den 43. Psalm für achtsimmigen Chor von Mendelssohn, und erteilte für seine vorzüglichen Leistungen reichen Beifall. J. K. H. die Großherzogin erfreute das Konzert mit Ihrem Besuche.

Nachricht.

Telegramm.

† Berlin, 1. März. Im Reichstag hielt Bismarck eine längere Rede für Beibehaltung der Todesstrafe; er erklärte, das Strafgesetzbuch werde sonst nicht die Majorität des Bundesraths erlangen.

Trotzdem wurde die Aufhebung der Todesstrafe beschlossen mit 118 gegen 81 Stimmen.

Frankfurt, 1. März, Nachm. Oesterr. Kreditaktien 264, Staatsbahn-Aktien 365 1/4, Silberrente 58 1/2, 1860r Loose 78 1/2, Amerik. Anleihe 95 1/16.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Centralstation Karlsruhe.

27. Febr.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himm.	Witterung.
Morg. 7 Uhr	27° 7,8"	+ 3,8	0,96	S.O.	klar
Morg. 2 "	27° 7,4"	+ 4,7	0,66	N.O.	warm
Nachts 9 "	27° 7,2"	+ 6,7	0,63	O.	warm
28. Febr.					
Morg. 7 Uhr	27° 8,4"	- 0,1	0,94	S.	kl. bew.
Morg. 2 "	27° 8,5"	+ 10,5	0,57	O.	w. bew.
Nachts 9 "	27° 9,2"	+ 4,8	0,89	O.	klar.

Verantwortlicher Redacteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Theater in Baden.

Mittwoch 2. März. Der Freischütz, romantische Oper in 4 Akten, von Kind. Musik von C. M. v. Weber.

